

Bezugspreis:

Für den Monat August 90.- M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Belgien, Saar- und Rheingebiet, sowie Österreich und Luxemburg 120.- M. für das übrige Ausland 172.- M. ...

Telegraphen-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einpaarige Anzeigenzeile kostet 25.- M. ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507

Donnerstag, den 24. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Zentrale-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Verhandlungen mit Oesterreich.

Durch W.Z.B. wird mitgeteilt: Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel und des Finanzministers Segur bei der Reichsregierung in Berlin hat heute abend mit der Abreise der österreichischen Herren nach Verona seinen Abschluß gefunden. Die Besprechungen mit der Reichsregierung trugen den Charakter einer herzlich nachbarlichen Freundschaft. Die politischen Verhandlungen, die gestern abend beim österreichischen Gesandten Riedl eingeleitet wurden, wurden heute mittag beim Reichskanzler fortgesetzt und am Nachmittag zu Ende geführt. ...

Pfandrechte durch die Reparationskommission und zwar derjenigen Pfandrechte, nicht der Substanz, sondern nur der Erträge, die zur Sicherstellung des Ertrages der Rentenbank bestimmt sind: Zölle, Salinen, Forste und Domänen. Durch den Kronensturz ist die mehrmonatige Atempause, die der neue Finanzplan schaffen sollte und in der man sich um auswärtige Kredite hätte bemühen können, verhindert worden. Der jehlige Brotpreis von 4190 Kronen wird voraussichtlich pro Woche um je 1000 Kronen steigen. ...

Französische Rheinpolitik.

Die europäische Ausdehnungspolitik Frankreichs zielt auf den Rhein. Sie folgt damit den Ueberlieferungen dreier Jahrhunderte. Ob Frankreich in diesem langen Zeitraume bourbonisch, bonapartistisch oder republikanisch regiert war, ob absolute Monarchen oder parlamentarische Minister das Land beherrschten, die französische Rheinpolitik ist sich in ihrem Wesen immer gleich geblieben. Wohl ist richtig, daß einseitige Franzosen von europäischem Weltbild und wahrhaft friedlicher Gesinnung dieser Politik widerprechen und von irgendwelchen offenen oder verschleierte Annektionen am Rheine nichts wissen wollen, aber es ist doch auch Tatsache, daß selbst uns wohlgenante Franzosen eine „Befreiung“ der Rheinlande von „Preußen“, eine Jurisdiktrierung „Preußens“ vom Rheine ganz gerne sehen würden. ...

Den Vertretern der Berliner Presse erklärte am Mittwochabend in der deutschösterreichischen Gesandtschaft Bundeskanzler Dr. Seipel zu seiner Berliner Reise das folgende: Auf die Anfrage, ob unser Besuch in Berlin willkommen sein würde, erhielten wir sofort die zustimmende Antwort der Reichsregierung. Wir sind nicht mit einem fertigen Konzept auf die Reise nach Prag, Berlin und Rom gegangen. Wenn Ungarn tatsächlich einen Protest gegen unsere Reise erheben sollte, weil es davon unsern Beitritt zur Kleinen Entente befürchte, so wird dieser Protest keinen Gegenstand finden; daß unsere politische Zukunft gerade nicht in einer Bindung an die Kleine Entente

Der amtliche Wiener Feuerungsindex für die Zeit vom 15. Juli bis 15. August ist auf 129 Proz. festgesetzt; laut Befehl steigen Löhne und Gehälter automatisch in gleicher Höhe. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ hat sich genötigt gesehen, mitten im Monat von jedem Abonnenten 1300 Kronen nachzuerheben.

Zwischenfälle in Wien.

Wien, 23. August. (E.P.) Heute vormittag fand eine Versammlung der Arbeitslosen statt, in der der Beschleid der Regierung auf die Forderung der Arbeitslosen als unzulänglich bezeichnet wurde. Nach kurzer Versammlung zogen die Arbeitslosen vor das Parlament. Am die Mittagszeit verbreitete sich das Gerücht, daß Fritz Adler ermordet worden sei. Die Demonstranten verfielen diesem Gerücht in äußerster Erregung. Sie durchdrangen die Rampe des Parlaments abtrennende Polizei, stürzten die Rampe hinauf, und es gelang einem Teil, in das Gebäude einzudringen. Die Polizei machte von der blanken Waffe Gebrauch, wobei einige Demonstranten verwundet wurden. Nach einiger Zeit gelang es der Polizei, die Demonstranten zu zerstreuen. Einige Fenster und Türen des Parlaments wurden zertrümmert. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen. Die demonstrierende Menge wurde auf ungefähr 6000 Personen geschätzt.

Internationaler Jugendtag.

Aus Salzburg wird uns geschrieben: Am Sonntag stand Salzburg im Zeichen des internationalen Jugendtages der beiden sozialistischen Jugendinternationales. Die deutsch-österreichische Organisation war mit über 2000, die beiden deutschen Verbände mit etwa 500 Jugendlichen vertreten. Außerdem waren Abordnungen aus Belgien, Dänemark, England, Georgien, Holland, Italien, Polen, Schweden und aus der Tschechoslowakei erschienen. Bei herrlichem Wetter erfolgte am Vormittag ein Umzug durch die Stadt. Auf dem Residenzplatz vereinigten sich dann die Teilnehmer zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Nach einer Begrüßung durch einen Vertreter der Landesregierung sprachen Genosse Paul Teplitz für die Internationale Arbeitsgemeinschaft und Genosse Westphal-Berlin für die Arbeiterjugend-Internationale. Unter starkem Beifall feierten beide Redner die Tagung als Kundgebung der internationalen sozialistischen Jugend für die Einigung. Dann folgten Ansprachen der Vertreter der einzelnen Landesorganisationen; alle Redner gaben der Hoffnung Ausdruck, daß der Tag der Einigung nicht mehr fern sei. Mit der Kundgebung war die Einweihung einer Gedenktafel zur Erinnerung an den Aufenthalt August Bebel's in Salzburg verbunden, wobei der Reichstagspräsident, Genosse Löbe eine Ansprache hielt, in der er ausführte, daß diese Jugendtagung eine Vorfeier zur Einigung der sozialistischen Internationalen sein möge. Er gab weiter der Hoffnung Ausdruck, daß die österreichische und deutsche Sozialdemokratie und ihre Jugendorganisationen noch einmal als Verbände einer Republik in der Internationalen arbeiten mögen. Loeb erinnerte an die Verdienste August Bebel's und forderte zum Schluß auf, auszuhalten und weiterzukämpfen, bis die Arbeiterklasse der Welt den Frieden bringt. Am Nachmittag vereinte sich alles zum großen Spiel vor der Stadt. Der Sonntag war ein hoffnungsvoller Auftakt für die Beratungen der beiden internationalen Komitees, die am Montag begannen.

bestehen wird, ist schon von meinen Amtsvorgängern so oft wiederholt worden, daß diese Behauptung keinen Glauben finden kann. — Unsere Besprechungen in Berlin waren natürlich für uns von der allergrößten Bedeutung. Fast mehr als unsere eigenen Angelegenheiten haben uns in diesen Stunden des großen Deutschen Reiches interessiert, und wir haben es als ein besonderes Zeichen des Schicksals angesehen, daß wir in diesen entscheidungserreichen Tagen hierher gekommen sind, in denen das Los fällt, ob die Reparationsbesprechungen zu einem für Deutschland erträglichen Ergebnis führen werden. Wenn wir in den nächsten Tagen mit einem der führenden Männer der Großen Entente (mit Schanzer in Verona) sprechen, werden wir uns all das vor Augen halten, was wir hier gesehen und gehört haben. Grundsätzlich ist die Ansicht, daß wir u n m i t t e l b a r vor dem Zusammenbruch stehen. Nach menschlicher Voraussicht ist für die nächste Zeit die Weiterführung des Staatshaushaltes gesichert. Diese Reise ist keine Bettelei, wir verlangen nirgends Kredit oder momentane Aushilfe, Vorschüsse oder dergl. Die Situation unseres Staates ist gewiß keine rosige, aber der finanzielle Dienst ist vorläufig gesichert. Es geht ja auch nicht an, daß man etwa 24 Stunden vor Einstellung der Zahlungen erst mit den Nachbarmächten spricht. Wir waren zuerst in Prag, weil die Tschechoslowakei die Führung in der Kleinen Entente hat, wir sind nach Berlin gekommen, weil das Stammland unserer Herzen am nächsten steht und wir gehen nach Italien, weil es als einzige Ententegroßmacht an unser Vaterland grenzt. Finanzminister Segur betonte darauf, daß er stets die Selbsthilfe in den Vordergrund gestellt habe: Erst wenn wir selbst die größten Anstrengungen gemacht haben, deren ein Volk fähig ist, können wir dem Ausland unter Hinweis auf das Montefesche zum Friedensvertrag sagen, jetzt müßt ihr uns weiterhelfen, denn die Selbsthilfe reicht nicht aus. Der Minister besprach sodann die Verzögerung, die die für den 15. August geplante Errichtung der Rentenbank durch die plötzlich aufgestellten neuen Bedingungen der Anglo- und der Länderbank erfahren habe. Diese beiden Banken, die ihren Sitz nach London und Paris verlegt haben, machten zunächst, entgegen ihrer früheren Haltung, ihre Beteiligung von einer Kreditgewährung durch die Londoner Konferenz und später von einer Wenderung der Sicherheiten abhängig. Die Errichtung der Rentenbank hätte die Salva gestützt, denn sie muß sachungsgemäß, bei Verlust ihres Reallegiums den Stand der Krone halten. Die Verzögerung hat stark zu dem gewaltigen Kronensturz beigetragen. Der Verweisung an den Völkerbund steht unser Volk nach allen Erfahrungen sehr skeptisch gegenüber; die Regierung wird aber auch auf diesem Wege mit allem Nachdruck arbeiten. Erfreulich ist die Aufhebung eines Teils der

Gewiß ist Marschall Foch verfassungsmäßig längst kein Faktor mehr in der französischen Politik, aber siegreiche Heerführer sind in jedem Lande eine tatsächliche politische Macht. In diesem Falle kommt noch hinzu, daß französisch-belgische Offiziere fast die ganze Rheinlinie besetzt halten. Man tut den herrschenden Gewalten Frankreichs gewiß nicht unrecht, wenn man feststellt: im Rheinlande arbeiten französische Offiziere und Beauftragte der französischen Zivilregierung in treuer Gesinnungsgemeinschaft und mit gleichem Eifer an der Loslösung dieser Gebiete vom Reich. Deshalb ist leider kein Zweifel an der Tatsache erlaubt, daß Poincaré, wenn auch mit anderen Methoden, das alte französische Rheinziel anstrebt, wie es der Marschall von Frankreich als Siegespreis aufgestellt hat. Wenn die militärischen und zivilen Befehlshaber im Rheinlande unter französischem Einfluß dem Hochverrat am Deutschen Reich ausdrücklichen Schutz vor gerichtlicher Verfolgung gewähren, wenn sie jedem aus dunklen Quellen finanzierten Hochverräter die Immunität verschaffen, die sie deutschen Abgeordneten im deutschen Rheinlande verweigern, wenn sie militärischen Schutz und moralische und materielle Unterstützung den geheimen Zusammenkünften der Hochverräter verschaffen, so ist dies die unverhüllte Parteinahme für eine Voderung des Reichsgefüges am Rhein. In diesem Rahmen betrachtet man im Rheinlande die von Poincaré in London mit der größten Fähigkeit verfochtenen und nicht preisgegebenen Forderungen nach einer rheinischen Zollgrenze gegen Deutschland, nach einer Kontrolle der staatlichen Forsten, Bergwerke und Betriebe im Rheinlande, nach einer Beschlagnahme von Staatseinnahmen. Was das herrschende Frankreich weder auf den Schlachtfeldern noch am Tische der Friedenskonferenzen holen konnte, will es aus der Schuldnechtshaft unerfüllbarer Bedingungen von der Deutschen Republik erpressen: die Rheingrenze! In London ist diese Forderung noch einmal an dem englischen Widerspruch gescheitert. Wir Rheinländer erwarten mit Spannung die Vorschläge der Reparationskommission. Die deutsche Republik wird, davon sind wir überzeugt, zu den letzten Worten Walter Rathenau's im Deutschen Reichstag stehen: „Die Reichsregierung ist niemals dafür zu haben, das Rheinland, das während der Besatzungszeit so oft seinen unerlöschlichen Willen zum Festhalten am angefallenen Vaterlande bewiesen hat, preiszugeben oder seinen Bestand schädigen zu lassen.“ Mit der Zollgrenze und mit der Hingabe der Staatsbetriebe würde aber der Weg zur Freigabe beschritten. Poincaré rechnet auf lange hinaus und nimmt einige Jahre Qualen der Massen im Rheinland auf sein Gewissen, wenn die Rheinländer dann dauernd auf Jahrzehnte sich der „Segnungen“ des französischen Imperialismus „erfreuen“ können. Die französischen Gewaltherren werden sich aber bestimmt verrechnen. Poincaré vergißt den geistigen Widerstand der Rheinländer, zu deren Eigenart stürmischer Freiheitsdrang, hohes Selbstbewußtsein, klares wirtschaftliches Denken, demokratische Gesinnung und — dann

den Poincaristen und ihrer Befehung — eine große, sehr große Abneigung gegen die plutokratische französische Republik gehören. Wenn Herr Poincaré über eine seiner Forderungen im Rheinlande abstimmen ließe, würde er sein schwarzrotgoldenes Wunder erleben.

Die rheinischen Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften haben bei den britischen Behörden in Köln, zu denen sie mehr Vertrauen haben, als zu den militärischen Vertretern Poincarés, gegen die neuesten Attentatsversuche auf die rheinische Wirtschaft Einsprüche erhoben. Dieser Protest hat im ganzen Rheinlande Widerhall gefunden. Wir können die etwaigen Beschlüsse der großen Mächte Europas nicht hindern, aber wir können die stärksten geistigen Widerstand leisten, bis auch die französischen Gewaltpolitiker von der Geschichte durch Schaden klüger gemacht werden. Gewalt gegen Gewalt, zwanzigfache Hebermacht gegen vierfache und hungernde deutsche Heere konnte zu dem „Siege“ führen, an dem sich französische Militärs begeistern mögen; die großen politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Rheinlande aber, die durch alle ihre materiellen und geistigen Interessen auf Deutschland verwiesen werden, sind durch Gewaltmittel nicht zu erledigen. Ihr unlösbarer Zusammenhang mit der deutschen Politik und der deutschen Wirtschaft wird sich stürmischer und dauernder erweisen, als die Episode Poincaré.

Die Berliner Verhandlungen.

Die Reparationsverhandlungen in Berlin haben ihren Höhepunkt erreicht. Der Ernst der Lage ergibt sich aus der am Mittwoch nachmittag erfolgten Beratung des Gesamtkabinetts, der sich eine persönliche Unterredung der Herren Bradburn und Macleod mit dem Reichskanzler anschloß. Diese Aussprache soll eine gewisse Annäherung der Auffassungen ergeben haben. Bisher zeigen die Delegierten des Wiedergutmachungsausschusses das Bestreben, ein Kompromiß zwischen der englischen und französischen Auffassung über die Regelung der Stundungsangelegenheit zustande zu bringen. Am Donnerstag vormittag wird sich eine Chefbesprechung abermals mit den bisherigen Beratungen beschäftigen.

Paris, 23. August. (E.) Das „Journal des Débats“ neigt der Ansicht zu, daß die französische Regierung sich wegen der von Deutschland zu bewilligenden Pfänder nicht unvorsichtig zeigen werde. Frankreich werde sich nicht ausschließlich auf die Staatsbergwerke und staatlichen Wälder versteifen. Die Hauptsache sei, daß Pfänder gegeben würden und daß sie produktiv seien. Bald werde man wissen, ob es in Berlin genug Politiker gäbe, die diese Notwendigkeit einsehen und danach handeln, oder ob die Reparationskommission sich einem neuen Beweise von Deutschlands bösem Willen gegenübersehen werde.

Das wirkliche Urteil der Arbeiter.

Zu unserem Bericht über die Dienstagverhandlungen haben wir einen Nachtrag zu machen. In der Paralleloberfassung bei Kien, Halenbeide, die von etwa 2000 Personen besucht war, wurde mit großer Mehrheit folgende Resolution angenommen:

Die von beiden sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften einberufene Versammlung erhebt stammenden Protest gegen die über organisierte Sozialisten ausgeprochenen Todesurteile der russischen Justiz und gegen die grausame Mordtötung der Verurteilten durch die unbefristete Aufschubung der Hinrichtung. Sie verlangt die sofortige Freilassung der unerschrockenen Kämpfer, die sie als Klassenbewußte Kämpfer begrüßt. Ihre Hinrichtung würde ein neues Hindernis auf dem Wege der internationalen Einigung der Arbeiterschaft sein.

Von den Versammlungen des Dienstagabends war dieses die einzige, die wirklich als „öffentliche“ bezeichnet werden kann. Denn während in den anderen Versammlungen durch

die organisierte kommunistische Vorbereitung der Säle den Arbeitern, die aus Interesse zur Sache kamen, der Eintritt unmöglich gemacht war, bestand diese Versammlung nicht aus Kommandierten, sondern aus freiwilligem Versammlungspublikum. Sie bestand aus den Arbeitern, die zu der angelegten Versammlungszeit kamen und den eigentlichen Versammlungssaal besetzt fanden.

Das Resultat ist um so beachtlicher, als der Referent der Versammlung, Genosse Kuttner, sein Referat vorzeitig abbrechen mußte, um seiner Referentspflicht im Nebenfall zu genügen. Obwohl hierdurch dem Kommunisten Scholem Gelegenheit gegeben wurde, in uneingeschränkter Redezeit die Moskauer Justiz zu verteidigen und obwohl der Referent ein Schlusswort nicht mehr halten konnte, stellte sich die große Mehrheit der Versammlung doch auf den Standpunkt des Referenten, wie die Annahme der Resolution beweist. Hier hat eine wirklich öffentliche Versammlung entschieden, und sie hat gegen Moskau entschieden.

Die Schwierigkeiten der Getreideumlage.

Einem Mitarbeiter der „P. B. R.“ erklärte der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf, daß eine allgemeine planmäßige Obstruktion der Getreideumlage bisher nicht aufgetreten sei und daß die Getreideumlage selbstverständlich entsprechend dem Reichsgesetz durchgeführt werde. Aber der Durchführung ständen große sachliche Hindernisse im Wege, einmal die ungleiche und teilweise sehr schlechte Ernte, zum anderen der festgesetzte Umlagepreis, der bekanntlich 6900 M. pro Tonne beträgt, während jetzt im freien Verkehr bereits 1500 M. und darüber für den Zentner bezahlt werden. Jedenfalls sei die preussische Regierung aufs eifrigste tätig, um die Brotversorgung wenigstens in dem gefühligen Umfange sicherzustellen.

Das Neuwahlbegehren in Sachsen.

Dresden, 23. August. (W.B.) Der sächsische Landtag unterbrach heute die Ferienpause, um in einer besonderen Sitzung zum Volksbegehren der bürgerlichen Parteien auf Auflösung des Landtages Stellung zu nehmen, das 80 000 Unterschriften, 30 000 mehr als notwendig, zählt. Außer der diesen Gegenstand betreffenden Regierungsvorlage stand noch ein sozialdemokratischer Antrag auf der Tagesordnung, der eine befristete Auflösung des Landtages vorschlägt und bezweckt, daß der alte Landtag bis zum Zusammentritt des neuen weiter tagen soll. Da dieser Antrag eine Verfassungsänderung in sich schließt, ist zu seiner Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Noch längerer, zum Teil stürmischer Aussprache beschloß das Haus mit den Stimmen der drei Linksparteien, sowohl die Regierungsvorlage wie den sozialdemokratischen Antrag zur weiteren Beratung an den Rechtsausschuß zu überweisen. Die nächste Sitzung des Landtages, in welcher der Rechtsausschuß Bericht erstatten soll, ist für die erste Hälfte September in Aussicht genommen.

Ein deutschvölkischer Jugenderzieher.

Ein Mann, der sich besonders zum Jugenderzieher in der Republik zu eignen scheint, ist der Volksschullehrer Karl Schmalz aus Helbra. Schmalz ist nicht nur Mitarbeiter an der „Mitteldeutschen Presse“, die sich an ihrem Kopf als „anerkanntes Organ des Deutschvölkischen Schutzes und Trugbundes“ bezeichnet, er hat auch noch einen besonderen „Bund deutschvölkischer Lehrer und Lehrerinnen“ ins Leben gerufen und wird für ihn in halbkreuzgeschmückten Anzügen und Plakaten.

Nach der Ermordung Rathenaus schrieb dieser Schmalz in Nr. 143 der „Mitteldeutschen Presse“ einen Artikel, in dem er betonte, daß „die Art des Todes Rathenaus seinen Werken entspreche“. In dem gleichen Artikel richtet er an die republikanischen Minister die Aufforderung: „Entsagt Euren Ministerstellen, die das Geld des Volkes schlucken.“ Die Regierungsparteien nennt Herr Schmalz „die Parteien der geistig Minderbemittelten“ und stellt schließlich die Behauptung

Magdeburger Arbeiter, welchen Anteil die Arbeiterschaft an den Tauschen Neuerungen nehme, und berichtigt mich, daß ganz draußen an der Peripherie der Stadt in einem Arbeiterortel eine Baugesellschaft eine ganze Straße farbig behandeln ließe. Dort hatte ich dann den stärksten Eindruck: eine jener trostlosen Arbeiterstraßen, deren Grau in Grau nur von geschmacklosen Schildern der Geschäftswelt unterbrochen wird, deren ornamentaler Fuß Marmor und edle Steinarten in ordentlichem und billigstem Material imitiert, ist schon zu einem Abschnitt beendet. Hell strahlte Haus an Haus. Neben der rein architektonischen Flächenleistung, die jene Ornamente durch möglichstes Hineinziehen in den farbigen Grundton möglichst unmerklich macht, sah ich auch hier ein hellblaues Haus mit phantastischen Ornamenten. Ein drittes Haus war still und in sich geruhig gehalten, ein anderes prangte in acht verschiedenen Farbtönen. Und das Ganze hatte eine märchenhafte Stimmung — aber jenseits der Querstraße begann der noch nicht in Arbeit genommene Teil und entlegte durch seine Rückkehrheit.

Ist hier ein Anfang zu neuer Baugesinnung? Begreift die Arbeiterschaft, daß sie es sich selber schuldig ist, auf allen Gebieten der Kulturbewegung mitzukämpfen? Ich möchte es hoffen, daß in Magdeburg eine Arbeiterschaft heranwächst, die hier zu neuen Zielen strebt, da sie mit eigenen Augen erkennen lernt, wie im grauen Alltag die Farbenfreudigkeit die Seele erquickt. Dr. A. G.

Der neue Taler. Ach ja, Taler gibt es ja schon lange nicht mehr, und sein noch silberner Erlaß, das Dreimarkstück, ist auch längst aus dem Umlauf verschwunden. An Münzen hat die jüngste Generation nur noch die eisernen Rittel und die 25-Pfennig-Stücke aus Aluminium kennen gelernt. Früher gab es Gold- und Silber-, Nickel- und Kupfermünzen. Aber jetzt leben wir im eisernen und Aluminiumzeitalter. Dies leichte, schwebende Metall, das für die Luftfahrt so große Bedeutung gewonnen hat, scheint das rechte Symbol unserer lustigen Währung zu sein, denn sie schwebt im vollen Sinne des Wortes in der Luft.

Aus Aluminium ist auch das neue Dreimarkstück hergestellt, die erste größere Münze — in Wirklichkeit ist sie bald nur ein Pfennig — die die Republik ausgibt. Von der künstlerischen Schönheit des scharfgeschliffenen Adlers und der kräftigen, unübertrefflichen Schrift (Antiqua) ist hier schon die Rede gewesen. Wie sich die Münze im Gebrauch bewährt, wird erst die Erfahrung lehren. Uns scheint sie im Verhältnis zu ihrer Kaufkraft zu groß. Das Metall ist nicht sehr hart, es kann leicht geritzt werden. Und der Klang ist natürlich nicht doll, wie bei den Münzen aus edlem Metall. Aber was tut's: es ist ein guter Anfang einer neuen Münzformung, der getreue Ausdruck einer armen Nation, die Geschmack auch im Alltag zeigen will.

Erster neuer Taler, mit Behmut schau ich dir ins blaue Gesicht. Nicht weiß du wondern müßt; das haben bei uns in einem alle keine Vorläufer aus müssen und keiner ist zum Andenken zurückgeblieben. Aber ich hätte dich gern umgesehen in eine Flasche deutschen Weins und sie aufs Wohl der Republik ausgetrunken, wie ich es manchmal mit den Königsältern gemacht habe, als es noch keine Republik gab. Aber heute kann man nichts für dich haben. So recht Taler,

auf, daß die Mörder Rathenaus „gedurgene Sozialisten“ gewesen seien.

Am Verteilenden ist dieser Mann überhaupt groß. Vor dem Schöffengericht in Gerbstedt hatte er sich unlangt wegen Verleumdung des Oberpräsidenten Hörning zu verantworten, den er in öffentlicher Versammlung unter anderem beschuldigt hatte, 50 000 Paar Schuhe und mehrere Waggons Apfelsinen als Staatskommissar für Oberpfälzer verschoben zu haben. In jedem Paar Stiefel hätte Herr Schmalz die Erklärung abgegeben, daß er keinerlei Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen antreten könne. Der als Zeuge unter Eid vernommene Oberpräsident Hörning wies nach, daß sämtliche Behauptungen des Angeklagten verleumderische Erfindungen waren. Das Gericht verurteilte Schmalz zu einer Gefängnisstrafe von vier Wochen. Die Verhängung einer Geldstrafe lehnte es wegen der Schwere der Verleumdungen ab.

Wir richten an den Kultusminister Böckh die Frage, ob er diesen Mann, der fortgesetzt in hebräischer und verleumderischer Weise die öffentliche Meinung vergiftet, für einen geeigneten Jugenderzieher in der deutschen Republik hält.

Verhandlung gegen die Rathenau-Mörder.

Nach dem Reichsgesetz über den Staatsgerichtshof kann dieser selbst bestimmen, in welchem Orte eine vor ihm abhängige Verhandlung stattfinden soll. Bisher war es zweifelhaft, ob gegen den Rathenau-Mörder Tschow und Genossen in Berlin oder in Leipzig verhandelt werden sollte. Nunmehr hat aber der Staatsgerichtshof entschieden, die Hauptverhandlung in Leipzig stattfinden zu lassen, und zwar im großen Sitzungssaal des Reichsgerichts. Die jetzt noch im Raabiter Untersuchungsgefängnis sitzenden Angeklagten werden Anfang September nach Leipzig gebracht. Die Verhandlung selbst ist noch im September zu erwarten.

Zum Attentat auf Scheidemann.

In dem Verfahren wegen des Attentats auf Genossen Scheidemann sind, wie die „Dona“ erfährt, der Leutnant Plass, der Kapitän Hoffmann und Leutnant Heinz außer Verfolgung gesetzt und der Haftbefehl gegen sie ist aufgehoben worden. Der Haftbefehl gegen Tilleßen bleibt in Kraft.

Zeitungsverbote.

Zu den wiederholten Vorstellungen der kommunistischen Partei im preussischen Ministerium des Innern, das Verbot der „Roten Fahne“ wieder aufzuheben, ist mitzuteilen, daß vor der Rückkehr des Ministers Severing von seinem Urlaub die Entscheidung nicht gefällt werden kann. Minister Severing wird in den nächsten Tagen wieder in Berlin erwartet.

Die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ ist auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik auf vier Wochen polizeilich verboten.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover hat des Erscheinen des „Göttinger Tageblatts“ auf Grund der §§ 20 und 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik auf zwei Wochen verboten.

Der Oberpräsident von Westfalen hat die kommunistische „Westfälische Arbeiterzeitung“ in Dortmund und das hogaere kommunistische Blatt „Rote Tribüne“ auf Grund der §§ 17 und 21 des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik wegen Beschimpfung der bayerischen Regierung auf 3 Wochen verboten.

Staatliche Polizei in Erfurt und Halle. Der preussische Minister des Innern hat die Ausübung der Sicherheitspolizei in den Städten Erfurt und Halle a. d. S. besonderen staatlichen Beamten übertragen. In den genannten Städten werden Polizeipräsidien errichtet, die dem Ministerium des Innern unterstehen, während die kommunalen Polizeianglegenheiten weiter von den örtlichen Behörden erledigt werden. Als Polizeipräsident für Halle ist bekanntlich der von der Entente aus Köln vertriebene Polizeipräsident Genosse Runge in Aussicht genommen.

Das Reichspensionsamt für die Wehrmacht ist dem Reichsministerium des Innern unterstellt worden und dieses in Pensionsfragen an die Stelle der obersten Militärverwaltungsbehörde getreten.

du sollst uns gemahnen an die harte Wirklichkeit und dein straffes Wappenschild soll uns republikanische Tugenden lehren.

Der Münzdirektor, der die neue Münze mit dem Verfassungstag vom 11. August 1922 als Reagenzienexemplar gegen Nachnahme überliefert, teilt mit, daß noch im Laufe des Jahres 60 Millionen Stück davon geprägt werden sollten. Also kein Gedränge: es bekommt jeder einen.

Sommeroper der Volksbühne. Die „Siegfried“-Aufführung ließ sehr viel Wünsche unbefriedigt. Sehr primitives Requisite stellten den dekorativen Rahmen, der Kampf mit dem Wurm, der aussah wie ein großer Karpen und sich kaum bewegte, wurde eine belanglose Komödie, und kein Regisseur kümmerte sich um die Elastizität einer Aufführung, die nur durch Pattermanns Wanderer, Liebans Wime und Spickers Alberich einigermaßen würdig gehalten wurde. Allerdings wartete ich das Ende nicht ab, so daß die Frauenrollen hier nicht zur Diskussion stehen. Wegen den Siegfried Georg Schmieters waren schon im ersten Gang Bedenken genug. Der prachtvoll gewachsene Mann hat einen sehr unbehaglichen, wenig freien, gequälten Tenor. Er sucht durch Drücken seiner Stimme Glanz zu verleihen. Das geht ungefragt nur eine kurze Weile. Bei den Schmieleslern, bei denen er sehr plump doßte, verläßt ihn fast der letzte Ton, und er kehrt auch im zweiten Akt nicht wieder. So wurde das idyllische Waldweiden nur noch orchestral wertvoll. Von Lieban, der den 70 Jahren nicht mehr ganz fern ist, könnten die Jüngeren Herren Tenöre immer noch lernen. Er braucht zwar schon den Schrei, um durchzubringen, aber wie prachtvoll gestaltet er, spielt er, jongliert er mit der Sprechrolle! Die Blüthner-Herren gaben sich, wohl vorbereitet, bei den abgeklüfften Partien des Werkes große Mühe, zumal sie Rosenet-Münzen wohl zu führen verstanden. In der Breitverteilung der Instrumente, bei dem mangelhaften Ausgleich von Streichern und Bläsern bleibt allerdings noch vieles uneben. R. S.

Die Befreiung der amerikanischen Einwanderung. Die Vereinigten Staaten haben vor kurzem das Gesetz, durch das die Zahl der zur Einwanderung Zugelassenen auf 3 Proz. der im Lande sich befindlichen Abkommen der betreffenden Nation beschränkt wird, auf zwei weitere Jahre verlängert; aber man beabsichtigt, die Einwanderung noch stärker zu beschränken. So ist vom Vorsitzenden der Einwanderungskommission des Kongresses, John Johnson, ein Gesetz eingebracht, nach dem die Zahl der Zugelassenen auf 2 Proz. herabgesetzt werden soll. Die Auswahl derer, denen die Einwanderung erlaubt wird, soll den im Ausland stationierten Konsuln übertragen werden. Wird dieses Gesetz angenommen, dann ist damit die Zahl der Einwanderer von 253 000 auf 170 000 im Jahre herabgesetzt. Dabei müssen 50 Prozent aller Einwanderer auf amerikanischen Schiffen antommen.

Der russische Tänzer Alexander Sabritsch, der künigliche Balletmeister Tamara Karavina, gibt mit seiner Gruppe in der „Alhambra“ am Alexanderplatz am 27. August abendliches Ballet, das Sonntag, den 27. August, beginnt. Das Programm enthält unter anderem: Die Balletpantomime „Der Cloton“, Ballet von Rich Kreidler, Aufforderung zum Tanz von Weber. Zum Schluß Nationaltänze.

Prof. W. Kufenthal, der Direktor des Zoologischen Museums an der Berliner Universität, an der er erst seit 1918 wirkte, ist im 63. Lebensjahre in Berlin gestorben. Kufenthal war ein Schüler Döderlins und hat auf zahlreichen Reisen besonders Forschungen über das Leben der Säugetiere im Meer angestellt.

Die farbenstrahlende Stadt.

Aus der trivialen Halle im lgl. preussischen Bahnstil treten wir auf den schneegeschmückten Platz mit den nüchternen grauen Häusern, die mit Stuckornamenten einer kulturell niedrigstehenden Bauperiode „im Renaissancestil“ geschmückt sind. Wir kommen durch die üblichen gleichgültigen Straßen des Bahndolortels und betreten dann die Hauptstraße. Und da wartet auf uns das Erlebnis eines Farbenrausches. Es kommt auf den Mauern von unerschrittenen Farben, die Flächen der Fassaden sind aufgeteilt in Farbenharmonien: hier sind es verständliche geometrische Zusammenfassungen der Teile, dort aber scheinbar willkürliche Zerreißen der architektonischen Zusammenhänge. Klar ist es, wo eine farbige, die Tragelemente betonende Einheit den Grundton bildet, über dem sich der Akkord aufbaut: das ganze Haus prangt in einem leuchtenden gelben Akte, aber die nicht verputzten Pfeiler sind rot gestrichen, und als dritter Ton der Farbenharmonie wirkt dann ein Blau, das die Fensterumrahmung kontrastierend hervorhebt. — Da steht ein Kaufhaus, das ganz absonderlich aussieht: man hat es in „expressiv-nostalgischer“ Art bemalt. Zuerst staunt der Betrachter, aber dann sieht er sich hinein: er merkt, daß nicht Willkür diese unregelmäßig über die Fläche laufenden Linien und die Farbenteilungen diktiert hat; er erkennt den Schwung der Kräfte, die hier vom Fensterkreuz des ersten Stockwerks zum Fensteroberteil des nächsthöheren Stockwerks führen. Täglich kommen viele Tausende vorüber und sind natürlich zunächst entsetzt, aber langsam verstehen sie und lernen sich vielleicht auch einfühen.

Und nun biegen wir um die Ecke: da glüht und brennt im Abendsonnenschein hinter einem alten Sandbildgeschmückten Platz das — Rathaus! Stürmisch leuchtet und strahlt das Rot der Mauern, und die anderen beiden Farben, die Stadtfarben von Magdeburg, geben eine wunderschöne, freudig leuchtende Ergänzung. Wenn dann im Winter der Schnee auf dem Dache liegt, wird als Kontrast das „Silber“, das die Stadt im Wappen führt, wohl noch deutlicher. Wir lassen uns das Innere des alten, düsteren Baues mit seinen geschwungenen Treppen und den schweren Geländern und Balustraden zeigen. Und finden alles ätherisch durchleuchtet: das lichte Blau und die Art, wie damit Weiß verbunden wird, macht das dunkle Treppenhais fast durchsichtig und gibt das Gefühl des Schwingenden. Dann wenden wir uns zu dem großen Park an der Ecke und sehen überall auf dem Wege durch die Altstadt, wie das „höfliche Entlein“ des Märchens sein Grau verloren hat und nun in allen Farben des Regenbogens schillert. Vielleicht wird manchmal hier der Stadtbaumeister Laut von seinen Nachfolgern etwas „überlaut“ — aber man nimmt es in den Kauf. Am Park leuchtet über die weiten grünen Flächen weg das schloßartige Haus, in dem die Arbeiterschaft oft Feiern und Sitzungen abhält. Erst die eine Hälfte ist farbig; die andere aber, ein schauerlicher, großer Anbau, wirkt noch in seiner alten Scheußlichkeit.

Als wir hier plaudernd saßen, erzählte mir mein Führer, ein

Der Butterwucher.

Sein Einfluß auf die Milchpreisgestaltung.

Die Kommission, der die wöchentliche Regelung des Milchpreises unter Zugrundelegung der amtlichen Butternotierung obliegt, hat in ihrer letzten Sitzung unter Berücksichtigung eines Großhandelspreises von 200 Mark für das Pfund Butter einen Milchpreis von 19,50 M. frei Berlin für die kommende Woche festgesetzt.

Die endgültige Preisfestsetzung wird noch im Laufe dieser Woche durch die Ernährungsdeputation erfolgen. In der kommenden und wahrscheinlich auch noch in der übernächsten Woche wird der niedrigere Preis für Kartennmilch noch beibehalten werden. Die Ernährungsdeputation hat bekanntlich die gänzliche Abschaffung der Milchverbilligung beschlossen, doch dürfte diese Maßnahme voraussichtlich erst Ende September eintreten.

Bernaun voran!

In Berlin ist es bisher nicht möglich gewesen, Straßennamen, die sich mit der republikanischen Staatsform sehr wenig vertrugen, abzuändern. Vor den Toren Berlins aber, in dem idyllischen Bernau, dessen Stadtoverordnetenversammlung eine republikanische Mehrheit besitzt, ist man auf diesem Gebiete trotz des Zeterns der Antirepublikaner über die „Andersartigkeit“, die „Verschwendung“ usw. erfreulicherweise sehr energisch vorgegangen.

Die Bürgerlichen haben natürlich gegen diesen Beschluß gestimmt, angeblich weil 5000 M. Unkosten dafür in den Etat eingestellt worden sind. Boraeschen waren bereits in dem Etat 500 M. für Renovierung und Erneuerung schadhafter Straßenschilder, und dieser Betrag ist nunmehr auf 5000 M. erhöht, womit durchaus noch nicht gesagt ist, daß auch soviel ausgegeben werden soll.

Der Sprung in die Welt.

Ein Jungarbeiterroman von Artur Zidler.

Drei Tage später stand er wieder auf der Rampe. Unter dem Vorwande, daß sich Hans noch schämen müsse, hatte Peterkämper eine bessere Arbeit für ihn beim Obermeister durchgesetzt. Hans war Klappenschmied geworden; die neue Arbeit bestand darin, daß Hans die Bohlen vor den Ofen nach der Leerung wieder verschmieren mußte oder sie aufhakte, wenn der Ofen geleert werden sollte.

„Was du dir zurechtlegst, Hans, mag richtig sein. Aber selbst, wenn du Gewißheit darüber besähest, was die Welt zu bedeuten hat, würde das noch nicht die Mühe des Nachdenkens lohnen. In einem meiner Bücher steht der Satz: „Die Philosophen haben bisher nur die Welt zu erklären versucht; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ — hier liegt der Hofe im Pfeffer. Der Zustand, in dem sich die menschliche Gesellschaft heute befindet, ist weder gerecht noch dauerhaft; darum muß er abgeschafft werden, um einem besseren Platz zu machen.

Steuererheber Reiden.

Der Steuererheber gilt nirgends als ein gern gesehener Gast. Wie ungern manche Leute seinen Besuch sehen, ging gestern aus einer Verhandlung vor dem Kriminalgericht in Koobitz hervor, in der sich die Kleinrentnerin Marie Rathert wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu verantworten hatte.

Ein Heiratschwindler.

Krauses Abenteuerreisen durch Ostdeutschland.

Eine mysteriöse Persönlichkeit, deren Personalien nicht aufzuklären waren, stand in der Verhaftungsinstant vor dem 5. Ferienstrafkammer des Landgerichts 1. Der Angeklagte, der sich jetzt Gustav Krause nennt, wurde aus der Strafhaft des Gefängnisses in Landsberg a. d. W. vorgeführt, wo er zurzeit eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 2 Monaten abmacht.

Kaufmännische Vorfälle!

Ehe man seine Kinder dem kaufmännischen Beruf zuführt oder in eine kaufmännische Lehrstelle bringt, erkundige man sich beim Zentralverband der Angestellten, Jugendsekretariat, Welle-Alliance-Straße 7/10.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zutufur: Fleisch ausreichend, Geschäft etwas lebhafter. Pisch knapp, Geschäft reger. Obst und Gemüse ausreichend, Geschäft ruhig.

Am Mittwoch galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise: Rindfleisch 68-75 M., ohne Knochen 76-92 M., Schweinefleisch 110-145 M., Kalbfleisch 70-105 M., Hammelfleisch 68-100 M., Rindertalg 180-190 M., Schellfisch 16-18,50 M., Seezucht 16-19 M., Rotzungen 21-25 M., in Eis: Pflanz 25 M., Aale 95-102 M., Zander 76 bis 85 M., Lebende Hechte 100-112 M., Schleie 115 M., Bleie 78 bis 85 M., Naturbutter 200-220 M., Margarine 145-155 M., Schweinefleisch 198 M., Eier: 10-10,50 M. das Stück, Weizenmehl 32 M., Hafers: 33 M., Kartoffelmehl 82-87 M., Reis 35-42 M., Kartoffeln 35-44 M., 10 Pfund, Weiskohl 4 M., Pfefferlauge 99-22 M., Zitronen 4-5,25 M. das Stück, Zwiebeln 10-15 M., Blumenkohl 15-30 M., der Kopf, Mohrrüben 4,50-5,50 M.

Vandendiebstähle auf Güterbahnhöfen.

Wir haben wiederholt über große Vandendiebstähle auf Güterbahnhöfen berichtet, bei denen ganze Wagenladungen von Stoffen, Margarine, Getreide usw. im Gesamtwerte von mehreren Millionen Mark von den Dieben geraubt wurden. Ein früherer Kollkultischer Paul Bernah stand schon längere Zeit im Verdachte, der geistige Urheber dieser Diebstähle zu sein.

400 Personen wurden bei einer Razzia verhaftet, die kürzlich in den Abendstunden in der Friedrichstadt durch fliegende Patrouillen vorgenommen wurde. Unter den Verhafteten wurden 38 Personen festgesetzt, die stofflich gesucht wurden.

Frau Spanier schwer erkrankt. Die wegen Beihilfe an der Ermordung des Teppichhändlers Reike in ein Untersuchungsverfahren verwickelte Frau Spanier ist im Untersuchungsgefängnis an einer schweren Rippenfell- und Lungenentzündung erkrankt. Mit Rücksicht auf den schweren Verdacht, der auf ihr lastet und in Anbetracht der Verdunkelungsgefahr des noch schwebenden Verfahrens hatte ein Antrag auf Haftentlassung keinen Erfolg.

Ueberfallen und beraubt wurde in den Abendstunden von mehreren unbekannt entkommenen Männern eine Frau Ida W. aus der Kolonie Falkenhof bei Grünau. Die Räuber auf offener Straße über die wehrlose Frau her, setzten ihr eine Pistole auf die Brust und raubten sie vollständig aus. Mit der Beute suchten sie das Weite. Es gelang ihnen auch, in der Dunkelheit zu entkommen, ehe auf die Hilferufe der Ueberfallenen Leute herbeigeeilt waren.

Teure Kinder. Die im Preußen- und Provinzialverband organisierte Hebammenschaft von Groß-Berlin gibt bekannt, daß sie der Teuerung wegen ihren Tarif auf 1200 bis 1800 und 2500 Mark erhöht hat. Der Tarif soll dem jeweiligen Stande der Teuerung angepaßt werden.

Beiratsbildungsausschuh Groß-Berlin. Am Donnerstag, den 21. d. Mts., nachm. 5 1/2 Uhr, Sitzung des Engeren Bildungsausschusses im Bureau des BVR, Lindenstr. 3, 2. Hof, Zimmer 8. Anwesenheit dringend erforderlich. — Abonnements-Beziehungen: Die Beiratsmitglieder sind aufzugeben und liegen aus bei den Bildungsausschuhmitgliedern der Abteilung und im Bureau. — Die Theater-Verordnungen beginnen am Sonntag, den 3. September, nachmittags 2 Uhr, im Neuen Theater am Ros mit der Aufführung „Einmal Menschen“ von Gerhart Hauptmann. — Die Lehrpläne der Sozialistischen Bildungsschule sind erlassen und zu haben bei den Bildungsausschuhmitgliedern der Abteilungen und im Bureau. — Der am Sonntag, den 6. d. Mts. in „Volk und Welt“ veröffentlichte sozialistische Hausprach ist jetzt im Bureau zum Preise von 20 M. pro Stück zu haben.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Sonnabend: Vereinsversammlung Niederwallstr. 12, Zeichenaal. Ausgabe der Billets zur Vorstellung. Anfang 7 Uhr.

Rund der technischen Angestellten und Beamten. Donnerstag abend 8 Uhr: Funktionärsversammlung der Metallindustrie im Hoftheater der Sophienstr. Sophienstraße. Betanunggabe des Schiedespruches.

Das Unglück auf dem Wendelstein.

Zu dem Unglück wird mitgeteilt, daß in Münchener Krankenhäusern die Kontoristin Martha Silbermann und ihre Mutter Anna Silbermann-Frankfurt, die Geschäftsinhaberin Emma Paradies-Berlin und der Kaufmann Michaelis Aufnahme gefunden haben. Die Betriebsleitung der Wendelsteinbahn veröffentlicht eine längere amtliche Darstellung des Unglücks, worin besagt wird, daß 28 Personen durch Spitterwirkungen leicht verletzt, während 2 Personen schwer verletzt wurden. Der getötete Fahrgast ist der Fabrikant Pappmeyer aus Hannover, der beim Sprung aus dem Zuge in eine Tiefe von 18 Metern eine schwere Schädelverletzung erlitt und auf dem Transport nach Rosenheim verstarb.

Mit 242 1/2 Millionen durchgebrannt. Die Polizeidirektion München erhielt vor einigen Tagen aus Brüssel die Nachricht, daß eine Frau Katharina Gray aus Richmond mit erschwindelten Juwelen im Werte von 242 1/2 Millionen Mark nach München flüchtig geworden sei. Die Münchener Polizeidirektion ermittelte, daß die Frau tatsächlich vom 15. bis 17. August in einem Münchener Hotel gewohnt hat. Die weiteren Recherchen sind bisher ergebnislos geblieben.

„Gibt es denn nicht einen Standpunkt außerhalb der Welt oder abgesehen von ihr?“

„Nein, du brauchst nur zu versuchen. Du kannst ja nichts denken, was nicht Bezug auf deine Erfahrungen hätte, auch die Gesellschaft hält dich fest und bestimmt dein Tun, also mußt du dich mit ihr auseinandersetzen und im Falle deiner Unzufriedenheit auf Mittel und Wege sinnen, ein besseres Verhältnis zu erreichen. Unser Leben ist der Ablauf fortwährenden Tuns, nur der Tod ist Nicht-Tun. Einen großen Teil unseres Tuns bestimmen andere, die genau wissen, was sie wollen, denn sie haben den Vorteil davon. Wenn wir, die den Nachteil davon haben, einmal alle wissen, was wir wollen, und dann das richtige tun, werden wir ein besseres Leben führen — darum predigen auch die Herrschenden, man solle nur denken, was sie uns lehren, und nur das tun, was sie für richtig befinden, alles andere sei unmoralisch und werde mit Recht verboten. Da wir schon einmal handeln müssen, ist es vernünftiger, wir tun es für uns, als gegen uns. Das ist leicht einzusehen, schwieriger ist es, aus der Masse einzelner Menschen eine Front mit einem gemeinsamen Ziel zu bilden; ich erstaune immer wieder darüber, daß es Menschen mit Selbstbewußtsein gibt, welche sich dieser Aufgabe entziehen. Zu denen gehört auch du: immer nur horchst du in dich hinein, nimmst vom Leben, was es dir bietet, klagst, wenn es zu wenig ist — aber politisch handeln willst du nicht, weil es eine undankbare Aufgabe ist für Leute, die gewohnt sind, alles nur nach dem Werte für das enge Ich anzuschauen. Ihr seid nicht besser, als ein Pole, der sich täglich befleißt, weil ihr euch an euch selbst berauscht, viel schlimmer seid ihr; denn er weiß es nicht anders, ihr aber wollt es nicht anders wissen, weil euch solche Erkenntnis unbequem ist. Dummheit ist Schicksal, Feigheit unverzellt.“

Peter konnte sich ordentlich in Zorn reden, und wenn er zu heftig wurde, erschraf er über sich selbst, lachte und schüttelte Hans liebevoll an den Schultern: „Du bist ja ein famoser Junge, Hans, und auf dem rechten Wege. Man muß erst mit sich selbst fertig geworden sein, ehe man anderen helfen kann, und du hast es, scheint mir, schwerer als ich. Laß es gut sein — je wider der Most, desto klarer der Wein. Leg dich jetzt hin und schlaf ein bißchen, um vier Uhr löst du mich dann ab . . .“

Aber Hans schlief nicht, er lehnte in seiner Karre mit angezogenen Beinen und dachte nach. War wieder sein Weg ein falscher? Was hatte er schon alles gewollt! Als er ein Kind gewesen war, wollte er ein Mann werden, dann wollte er Reichtümer erwerben, das Gruseln lernen, das Glück finden — Peter hatte schon recht: immer nur hatte er an sich gedacht. Das führt nicht vom Flecke, auch wenn man wandert, ebenso kann man versuchen, über den eigenen Schatten springen zu wollen. Jetzt fand er auch, daß alle Menschen, um die ein heller Glanz wehte, ein Ziel außer sich hatten, er dachte an seine Mutter und an den Mönch von Münster — auch Paul hatte er gesehen, als „ein Strahl von Gott auf ihn fiel“. Diese Menschen waren aufgebrochen vom kleinen Ich und wanderten dem Welthergen zu, um sich in der Verklärung wiederzufinden. Nun wollte er die Angst ablegen und sich mit den großen Gewalten verbrüdernd, die nur dem Feinde sind, der sich fürchtet: mit dem Tode und der Liebe, mit Menschen, Tieren und Pflanzen, mit dem Sinn des Seins, für den es viele Namen und keinen gibt. Hans fühlte das Weltwesen in sich wirksam, für das es keine Worte gibt, trant die tiefe Lust, zu sein, und mehr zu sein, als eines Schattens Traum, einer, dem nichts mehr zustoßen kann. In dieser Stunde höchsten Wachseins (am Schornstein rollte die Sonne hoch) errang er sich die Gnade, zu wissen, wie tief er sich künftig verlieren durfte, ohne verloren zu sein. Nun mochte er durch Länder und Menschen gehen — zum Schlaf mußten ihm alle Dinge zum Besten dienen, mußte er ein starker Mann werden, der vielen helfen konnte.

Als die Sensen klangen und das Korn in langen Schwaden fiel, wurden sich die Freunde darüber schlüssig, zu neuem Ausbruch zu rüsten. Sie kauften sich in der Stadt Manchesteranzüge und herbes Schuhwerk, dazu Landkarten; denn sie wollten zum Rhein hinüber. Die Sehnsucht nach neuer Wanderschaft schlug wie der Duft goldigen Weines in ihre Gewächse und Beratungen; die Tage vergingen schneller in der Erwartung, und als sie ihre letzte Schicht machten und Abschied von den Kameraden nahmen, schlich sich ein Gefühl leiser Nüchternheit und Behmut unter. Erst, wenn man sich löst, spürt man die Bindungen, die das Leben um die Genossen gleichen Schicksals flicht. (Fortsetzung folgt.)

Die bayerische Regierung ist zufrieden.

München, 23. August. (M.B.) Die amtliche bayerische Stellungnahme zu dem Ergebnis der letzten Berliner Besprechungen, durch die der Konflikt beendet wurde, stellt eine umfangreiche zusammenfassende Betrachtung des Verlaufes der ganzen Krise und der Verhandlungen dar, und gliedert sich in fünf Teile. In den ersten vier Teilen werden insbesondere die Bemühungen Bayerns hervorgehoben, den Komplex der Schutzgesetze schon im Reichsrat, im Rechtsausschuß des Reichstages und im Reichstag zu verbessern. Es wird weiter auf den Erlaß der bayerischen Verordnung vom 24. Juli nach Annahme der Gesetze im Reichstag verwiesen und hierbei betont, daß durch diese Verordnung dauerndes Recht nicht geschaffen werden konnte und sollte. Die Verordnung sollte lediglich die vorübergehende Überwindung des Staatsgerichtshofes für Bayern durch einen entschiedenen Schritt mit sofortiger Wirksamkeit verhindern und weiterhin die Grundlage schaffen, von der aus unter Umständen eine für Bayern erträgliche Vereinbarung geschaffen werden konnte. Im weiteren werden dann die Ergebnisse der Beratungen eingehend wiederholt, die in dem Berliner Protokoll vom 11. August 1922 niedergelegt worden waren.

Der entscheidende fünfte Teil der bayerischen amtlichen Mitteilung stellt das Ergebnis der letzten Berliner Besprechungen am 19. und 20. August zusammen. Dieses Ergebnis wird wie folgt formuliert:

1. Beim Staatsgerichtshof wird ein süddeutscher Senat gebildet.

Die Ernennung der Mitglieder erfolgt nach Benehmen mit den beteiligten Landesregierungen. Ihm werden drei bayerische Senatsrichter und eine entsprechende Zahl bayerischer Reichsgerichtsräte angehören. Als Senatsrichter können ausschließlich oder zum Teil Personen vorgeschlagen werden, die die Befähigung zum Richteramt besitzen. Der Senat kann auf Grund eigener Beschlussfassung nach Belieben auch an einem süddeutschen Ort tagen.

2. In den Fällen, in denen die Zuständigkeit des süddeutschen Senats gegeben ist, wird das Begründungsrecht vom Reichspräsidenten im Benehmen mit der Landesregierung oder auf deren Anregung ausgeübt.

3. Nach Fühlungnahme mit der bayerischen Regierung wird ein bayerischer Beamter zur Reichsanwaltschaft als Referent des Oberreichsanwalts für bayerische Sachen bestellt.

4. Es wurde neuerdings mit Nachdruck betont, daß die Überweisung der Strafsachen an die ordentlichen Gerichte die Regel bilden werden. Die bayerischen Staatsanwälte werden angewiesen werden, bei Vorlage der Akten an den Oberreichsanwalt sich darüber zu äußern, ob sich eine Sache zur Behandlung durch den Staatsgerichtshof oder durch die ordentlichen Gerichte eignet. Die Verfügungen werden von der Oberreichsanwaltschaft sachgemäß berücksichtigt werden.

5. Weder die Reichsregierung noch die Landesregierung darf auf Entscheidungen des Staatsgerichtshofes in Verwaltungssachen irgendwelchen Einfluß üben.

6. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches und die Staatspersönlichkeit sowie die Hoheit der Länder wurden neuerdings anerkannt. Es wurde wiederholt zugesagt, daß das Reich die Hoheitsrechte der Länder nicht unter Abänderung der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Reiches an sich ziehen wolle. Darüber hinaus wurde zugesichert, daß die Reichsregierung von den noch nicht ausgeführten Zuständigkeiten nicht ohne Not und ohne Zustimmung des Reichsrats Gebrauch machen werde, und daß sie nicht willkürlich bisherige Aufgaben der Länder in die Verwaltung des Reiches durch neue Reichsmittel- oder Reichsunterbehörden zu übernehmen.

In einem Schlußwort

wird dann u. a. ausgeführt: Wenn man den Gang der Verhandlungen und ihr schließliches Ergebnis zusammenschaut, so läßt sich nicht leugnen, daß nimmermehr Bayern zum Schutze seiner Staatlichkeit und seiner Hoheitsrechte

sehr wertvolle Sicherungen

gegeben worden sind. Die Schutzgesetze sind selbstverständlich nach wie vor zu verwerten. Volle Befriedigung kann nur durch die Aufhebung dieser Gesetze geschaffen werden. Bayern hat daher auch erklärt, daß bei seinem grundsätzlich ablehnenden Standpunkt zu den Schutzgesetzen nichts geändert werde, und daß namentlich der Staatsgerichtshof kein ordentliches, sondern ein außerordentliches Gericht sei, dessen baldigste Beseitigung dringend notwendig erscheine. Auf der anderen Seite ist nicht zu verkennen, daß nimmermehr der Staatsgerichtshof in seiner ganzen Einrichtung sehr erheblich verbessert wurde, und daß infolgedessen die ursprünglichen Bedenken praktisch zu einem großen Teile beseitigt sind. Auf dem Gebiete des Polizeiwesens sind die bayerischen Wünsche im Rahmen der Gesetze restlos erfüllt. Die grundsätzliche Erklärung über die föderative Überwindung des Reiches wurde erheblich vertieft und erweitert. Die zugesagte Einschränkung der Inanspruchnahme verfassungsmäßiger Zuständigkeiten ist immerhin so weitgehend, daß einer weiteren Unitarisierung und Zentralisierung ein kräftiger Damm entgegengelehrt wurde. Unter diesen Umständen ist für Bayern wohl kein Grund mehr vorhanden, an seiner einstweiligen Sonderverordnung festzuhalten, so daß mit der demnächstigen Aufhebung der bayerischen Verordnung zu rechnen ist. Angesichts des bedeutenden Erfolges darf wohl eine abschließende Beruhigung der weitesten Volksschichten wie auch ein neuer Ansporn zu freudigem Zusammenwirken mit dem Reich erhofft werden.

So weit die amtliche Mitteilung. Ein Termin zur Aufhebung der bayerischen Sonderverordnung ist bisher noch nicht bestimmt worden, doch soll sie nach Absicht politischer Kreise in den nächsten Tagen erfolgen, so daß der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich damit eine definitive Lösung gefunden hätte.

Möhl's neueste Auflehnung.

München, 23. August. (M.B.) Bei der Parade der Münchener Reichswehr vor Hindenburg hielt der bayerische Reichswehrgeneral bekanntlich eine Rede, in der er die Befehle des Reichswehrministers öffentlich und vor versammelter Mannschaft äußerst abfällig kritisierte. Der Reichswehrminister hatte bekanntlich entsprechend dem schon längst allgemein erlassenen Verbot der Beteiligung der Reichswehr an privaten Kundgebungen angeordnet, daß die Münchener Garnison nicht an der Begrüßung durch politische Vereine im Hofgarten teilnehmen dürfe, sondern an anderer Stelle vor Hindenburg Paradeauffstellung nehmen sollte. General Möhl, der schon beim Kapp-Putsch in München eine sehr zweideutige Rolle gespielt hat, gab seinem Unmut über die selbstverständliche Anordnung des Reichswehrministers dadurch Ausdruck, daß er in seiner Ansprache an Hindenburg erklärte: Er bebaue, daß seine Truppe in einer Seitenstraße hätte aufmarschieren müssen. Diese Schwäche sei eins der vielen Anzeichen unserer allgemeinen Niederganges, ein Anzeichen und eine wesentliche Ursache zugleich. — Diese Auslassung erhält ihre volle Bedeutung durch die Tatsache, daß der Platz vor der Akademie der Künste, auf dem die Reichswehr aufmarschiert war, einer der schönsten und für solche Zwecke würdigsten Plätze Münchens ist.

Ausführungsgehe zur Reichsverfassung. Im Reichsministerium des Innern gehen, wie die W.P.M. hören, zwei neue Befehle in die Wege, die der Freistellung entgegen: das Ausführungsgehe zum Artikel 48 der Reichsverfassung über die Verhängung des Ausnahmezustandes und das neue den gegenwärtigen Verfassungsvorschriften angepaßte Reichsverordnungsgehe.

„Großherzoglich“ Mecklenburgisches.

Man schreibt uns:

Ich hatte kürzlich einmal eine berufliche Reise nach Doberan in Mecklenburg zu machen. Der Ort bezeichnet sich in allerjüngster Zeit als „Bad Doberan“. Da früher der großherzoglich mecklenburgische Hof in Doberan häufig residierte und demzufolge höfische Einrichtungen mancher Art auch heute noch zu finden sind, wunderte ich mich nicht allzusehr, an Geschäftsläden überall noch die „Hoflieferanten“-Bezeichnungen zu finden. Jrgendwem, das den heutigen republikanischen Charakter andeutet, sah ich überhaupt nicht. Nur das Postgebäude läßt erkennen, daß das Wort „Kaiserliche“ beibehalten wurde, anscheinend aber auch nur ungern, denn das Wort „Postamt“ ist an seiner alten Stelle, rechtsseitig über dem Portal, verblieben, und linksseitig kann man noch ziemlich deutlich das verbleibende „Kaiserliche“ entziffern. Da es gerade Sonntag war, sah ich mir auch mal die nahegelegenen Ostseebadeorte Brunshaupten, Arensdorfer und Heiligensee an. Hier offenbart sich der monarchische Geist noch stärker. Heiligensee hat einen ausgedehnten Buchenwald. Als ich über Arensdorfer vom Strande aus der Station Heiligensee zustrebte und den Buchenwald passieren mußte, stieß ich unerwartet auf eine hohe Einzäunung mit neuem verzinkten Maschendraht. Auf Nachfrage beehrte man mich, hier habe der frühere Großherzog einen großen Teil der Waldung bis zum Strande hinunter für seine Privat Zwecke dem allgemeinen Verkehr entzogen, und zwar erst in der neueren Zeit! Das reiche Badepublikum findet das ganz in der Ordnung und sät sich untertänigst den damit verknüpften Unbequemlichkeiten. Im übrigen war gerade die frühere deutsche Kronprinzessin (bekanntlich eine geborene Mecklenburgerin) mit ihren Kindern in dem dortigen großherzoglichen Palais auf Besuch und Kuraufenthalt, ein Abschließen durch Drahtgitter also um so mehr gerechtfertigt!

Auf der Rückreise gab ich in Doberan mein Handgepäck am Gepäckhalter der Reichseisenbahn zur Beförderung auf. Ich wunderte mich dann gar nicht mehr, als mein Gepäckschein mit der Nummer 301 mit dem Ausdruck versehen war: „Großherzoglich Mecklenburgische Friedrich-Franz-Eisenbahn.“ In letzter Hinsicht möchte ich aber bescheiden anfragen, ob denn die betreffende Bahnstrecke auch wirklich mit zur Reichseisenbahn gehört, oder ob sie doch vielleicht noch „großherzoglich“ betrieben wird, etwa ähnlich wie der drahtgitterumhegte Buchenwald bei Heiligensee?

Aus Polnisch-Oberschlesien.

Auszufriedenheit und Unruhen.

Kattowitz, 23. August. (M.B.) Die Befestigungen der polnischen Gruben und Hütten beschäftigten sich in Betriebsversammlungen mit der gegenwärtigen Lage Oberschlesiens. Sie erließen einen Aufruf, in dem darauf hingewiesen wird, daß alle während der Abstimmungzeit gemachten freiwirtschaftlichen Versprechungen nicht gehalten worden seien, dagegen organisierte Arbeiter sich breitmachen. Die Verwaltung der Volkswirtschaft, in der völlige Unordnung herrsche, sei machtlos. Der Aufruf schließt mit der Forderung der sofortigen Einstellung der Feuerschichten.

Die Ausschreitungen in Kattowitz, die sich besonders gegen die Juden richten, dauerten bis in die späten Nachstunden an. Trotz starken Polizeiaufgebots wurden in verschiedenen Fällen Juden auf den Straßen zu Boden geworfen, mit Steinen und Gummiknüppeln verprügelt; einzelnen wurden die Härte abgeschritten. Auch zahlreiche Einbrüche wurden verübt.

Französischer Beamtenprotest. Im „Populaire“ wird ein Protest der französischen Postgewerkschaft gegen die französische Regierung veröffentlicht, aus dem ersichtlich ist, daß etwa 100 französische Beamte an den beiden bestehenden internationalen Veranstaltungen der Post- und Telegraphenbeamten in Berlin teilnehmen wollten. Ministerpräsident Poincaré hatte das Ministerium des Innern jedoch angewiesen, den französischen Beamten die Ausstellung von Reisepässen zu verweigern, so daß sie auf die Teilnahme verzichten mußten. Die Postgewerkschaft verurteilt das Vorgehen der Regierung in ihrer Berichterstattung mit scharfen Ausdrücken und bezeichnet es als eine Provokation der Beamtenschaft.

17. Generalversammlung der Lederarbeiter.

Stuttgart, 21. August.

In der Nachmittagsitzung berichtete Genosse Drét über die Organisationsverhältnisse der französischen Lederarbeiter. Redner forderte zur Durchführung der Beschlüsse der Amsterdamer Internationalen auf. Die andererseits die Landesverbände unterstützen werde. Er verlangte eine Verteilung der Kriegsschulden auf alle Länder.

In der Aussprache über den Vorstandsbericht kam zunächst die zahlenmäßig sehr schwache kommunistische Dopolition ausgiebig zum Wort. Ihr Hauptwortführer Jäger-Berlin führte aus: Die Arbeitergemeinschaft sei nach der Revolution von den Unternehmern gegründet worden, um die Sozialisierung abzuwehren und habe auch den Erfolg gehabt, daß der Kapitalismus wieder aufgebaut wurde. Nur der Klassenkampf könne zur Erreichung des Sozialismus führen. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß man leider in seiner Rede praktische Vorschläge für den Klassenkampf vermissen mußte.

Stuttgart, 22. August.

Der Dienstag war fast ganz den Fragen der Arbeitergemeinschaft und der

Industrieverbände

gewidmet. Auch aus den Kreisen, die nicht gerade zu den Kommunisten gehören, wurde teilweise die Aufhebung der Arbeitergemeinschaft verlangt. In der Beitragsfrage zeigte sich völlige Einmütigkeit. Die Kommunisten forderten, die erhöhten Beiträge müßten auch dem energischen Klassenkampf zugute kommen. Für die Kommunisten sprach heute Schneider-Oßlingen. Er erkaute vor allen Dingen die erfolgreiche Tätigkeit der Gewerkschaften im Interesse der wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiter an. Doch trotzdem habe die Beforderung der Arbeiterklasse gewaltige Fortschritte gemacht. — Auch er mußte sich sagen lassen, daß man bei ihm gleichfalls den Vorschlag neuer Wege vermisse.

In sehr wirkungsvoller Weise rechnete der Debattierender Abg. Richter-Neumünster mit der Opposition ab. Unter lebhaftem Beifall wies er darauf hin, daß gerade diejenigen, die den Mund stets sehr voll zu nehmen pflegen, im Ernstfall zunächst ihre liebe Person in Sicherheit bringen. Die verhasste „Gewerkschaftsbureaokratie“ scheue sich nicht vor dem gewaltsamen Kampf zur Durchsetzung des Sozialismus; sie verurteile nur

Die Aufhebung der Massen

zum Loschlagen in einem Augenblick, der am allerwenigsten geeignet ist zur Erreichung dieses Zieles.

Im Laufe der Diskussion brachte Rud.-Juffenhausen unter dem Beifall der Versammlung eine Entschlieung ein, welche gegen die unerhörten Blutturteile der russischen Sowjetregierung gegen die Sozialrevolutionäre scharfsten Protest einleitet. Dadurch werde die Einigung der Arbeiterklasse unmöglich. Jeder politische Ward wird verurteilt und erwartet, daß der Protest der internationalen Arbeiterklasse die Ausführung des Verbrechens an den Verurteilten verhindern werde.

Wirtschaft

Schwerer im Moor.

Aus Oldenburg wird uns geschrieben: Die umfangreiche Torfabbaukampagne in den weiten oldenburgisch-ostfriesischen Moorbezirken hat für diesen Sommer ihr Ende erreicht. Torf, der Ende August und weiter hinaus noch gegraben wird, trocknet nur selten vor dem Frost noch genügend aus; geschleht dieses aber nicht, so verliert er durch den ersten geringen Frost gleich sehr bedeutend an Heizwert. Die Torfproduktion ist gegenüber dem Vorjahr wieder recht bedeutend gestiegen. Eine Anzahl neuer Torfwerke ist ins Leben gerufen worden, die Abfuhrmöglichkeiten haben gegen früher Verbesserungen erfahren, und die Nachfrage ist infolge der Kohlenknappheit und der immensen Kokspreise eine außerordentlich starke. Kein Wunder, daß auch die Torfpreise ganz rapid in die Höhe gestiegen sind.

Für den Hausbrand kommt als Konkurrent und Preisverteuerer mehr und mehr die Industrie in Frage. Unter geringer Hinzufügung von Kohle wird der Torf heute bereits für industrielle Zwecke verwendet, für die er noch vor wenigen Jahren so gut wie nicht in Frage kam. Ein großer Teil der diesjährigen Produktion ist daher auch längst durch feste Abschlüsse den Industrieunternehmungen im engeren und weiteren Umkreise vertraglich ausgeliefert worden. Die einzelnen Städte und die größeren Privatunternehmer, die sich auf den Moorabbau verlegt haben, können, wie im Vorjahre so auch diesmal wieder recht gute Gewinne buchen. Da diese Unternehmungen bei den Pachtabschlüssen mit dem Staat sich auch für die Kultivierung des abgetornten Dehlandes verpflichten müssen, so folgen den Abtorfungsarbeiten vielfach Siedlungen. Hier und dort baut man für eine Anzahl Jahre bestimmte Holz- oder Steinbaracken, während auf anderen Stellen gleich feste Dörfer aus der Moorwildnis herauswachsen. Das Moor ist in einzelnen Gegenden bis zu sieben Meter Tiefe torfhalbig. Die Abbauarbeiten wären also selbst bei intensiver Ausbeute ziemlich lange.

In Verbindung mit Torfstroereien entstehen verschiedentlich auch Ammoniakfabriken und andere industrielle Betriebe. Torfsmulch wird bis nach Amerika ausgefahren. So es in den ersten beiden Jahren nach dem Kriege noch aus, als ob für die Käufer bzw. Pächter von Moorländereien ein gewisses Risiko bestände, so ist diese Befürchtung heute gänzlich überflüssig. Das ehemals wertlose Moor ist ein Schwere von großer wirtschaftlicher und finanzieller Bedeutung geworden.

Materialkosten im Kleinwohnungsbau.

Nach der Zeitschrift „Soziale Bauwirtschaft“ stellten sich die Preise für die zum Bau einer Wohnung von 70 Quadratmeter Wohnfläche notwendigen Baustoffe Anfang August folgendermaßen dar:

Baustoffe	1. Juli 1914	1. August 1922
Mauersteine	700,—	67 875,—
Zement	60,—	5 556,15
Stückzement	73,—	7 856,97
Gips	12,50	1 205,—
Dachsteine	243,50	27 600,—
Kohrgewebe	23,50	2 307,—
Kambolz	264,—	40 187,50
Fußboden	152,50	19 484,10
Zinf.	55,50	6 679,19
Summa	1584,50	210 200,91

Die Preise der hauptsächlichsten Baustoffe für eine Wohnung sind also von 1584,50 M. am 1. Juli 1914 auf 210 200,91 am 1. August 1922 gestiegen. Wird der Preis vom 1. Juli 1914 gleich 100 gesetzt, dann ist bis zum 1. August 1922 eine Preissteigerung von rund 13 272 eingetreten. Die Baustoffe sind also seit 1914 um rund das 133fache gestiegen.

Der Arbeitsmarkt der Provinz Brandenburg.

Das Brandenburgische Landesarbeitsamt berichtet: Der Arbeitsmarkt in der Provinz Brandenburg ist im Klein- und Gewerbe als Ursache der weiteren Geldentwertung ein gewisser Stillstand eingetreten und hat verschiedentlich Entlassungen zur Folge gehabt. Die Erklärung für diesen leichten Rückgang in der Beschäftigungslage dürfte vor allem darin zu suchen sein, daß eine Reihe kleiner Gewerbetreibender infolge des unaufhaltbaren Marktkurses nicht mehr in der Lage ist, neue Einkäufe zu tätigen, andererseits ist auch die Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung im Nachlassenden begriffen, zumal die Steigerung der Löhne und Gehälter mit der Steigerung der Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel nicht gleichen Schritt gehalten hat.

Die Landwirtschaft verlangt nach wie vor Arbeitskräfte aller Art. Metall- und Holzindustrie zeigt rege Tätigkeit. Im Textilgewerbe sind männliche Arbeitskräfte so gut wie gar nicht erwerbslos. Das Baugewerbe hat immer noch Bedarf an geübten Handwerkern.

Kaufmanns-Aussverkauf. Infolge des Marktkurses hat in Westdeutschland der Aussverkauf von Waren verschärft eingesetzt. Die hiesigen Manufakturwarengeschäfte geben bekannt, daß sie angesichts des drohenden Aussverkaufs ihre Geschäfte nur noch fünf Stunden am Tage offen halten werden. — In Rheinhessen haben, um einen völligen Aussverkauf zu vermeiden und dergleichen Entlassungen von Angestellten zu verhüten, sämtliche Geschäfte eine verkürzte Arbeitszeit eingeführt.

Englische Kohlenausfuhr nach Amerika. Seit Beginn der Kohlenausfuhr nach Amerika sind in den Häfen von Südwesten mehr als zwei Millionen Tonnen nach Amerika verladen worden.

Devisenkurse.

Die amtliche Kurstabelle gibt an, wieviel Mark man aufwenden muß, um die in der ersten Spalte genannte Einheit der auf das bezeichnete Land lautenden Währung zu erwerben.

	23. August		22. August	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs
100 holländische Gulden	56929,50	56470,50	50586,65	50713,85
1 argentinischer Papier-Peso	52282,50	52807,50	470,90	472,10
100 belgische Franc	10856,35	10913,65	9787,80	9782,20
100 norwegische Kronen	25118,55	25181,45	22571,75	22525,25
100 dänische Kronen	31200,55	31339,15	28064,85	28185,15
100 schwedische Kronen	38832,—	38448,—	34406,90	34493,10
100 finnische Mark	8006,10	8103,90	2876,65	2888,85
1 japanischer Yen	694,10	695,90	614,20	615,80
100 italienische Lire	6460,90	6483,10	5817,70	5832,30
1 Pfund Sterling	6466,90	6488,10	5817,70	5832,30
1 Dollar	1488,20	1441,80	1298,85	1301,65
100 französische Franc	11435,65	11464,85	10362,00	10388,00
188,78	189,24	160,28	169,72	
100 Schweizer Franc	27665,50	27884,50	24793,95	24856,05
100 spanische Pesetas	22560,70	22885,30	20249,65	20300,85
100 österr. Kronen (abgest.)	1,68	1,72	1,58	1,57
100 tschechische Kronen	5088,65	5081,35	3995,—	4005,—
100 ungarische Kronen	84,89	85,11	76,90	77,10
100 bulgarische Lewa	808,95	811,05	719,10	720,90

100 Polenmark gelten etwa 16,25 M.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeiter-Unions-Mache.

Am Sonntag wurde ein von der Allgemeinen Arbeiter-Union, der Kommunistischen Arbeiterpartei und der Kommunistischen Arbeiterjugend unterzeichnetes und in der Druckerei von Max Roster, Alexanderstr. 10, hergestelltes Flugblatt verbreitet, worin in der schamlosesten Weise gegen die Gewerkschaften ge-
heißt wird.

Die Führer der Gewerkschaften führten in gefährlicher bürgerlicher Stellung ein Drohnenspiel. Sie seien heute der ausschlaggebende politische Faktor und predigten den Arbeitern Neutralität. In den Arbeitsgemeinschaften hätten sie mit dem Kapital zusammen ein Duzend Knebelgesetze ausgeheckt, die demnächst Wirklichkeit würden, um den Arbeitern jede Bewegungsmöglichkeit zu nehmen und sie an das Kapital zu fetten. Sie isolierten jeden Streik, damit die Streiks dem Kapital nicht schaden und große Streiks vermieden werden. Die Gewerkschaften sind die einzigen Stützen des Kapitals, ein einziger Verrat kennzeichnet seit Jahren ihre Laufbahn. Während des Krieges hätten die Führer in den Bureaus und den Kriegsgesellschaften einen herrlichen Tag gelebt und jeden Proletarier, der sich gegen Hunger und Mord auflehnte, in den Schützengraben und ins Zuchthaus denunziert. Dafür ernteten sie Tausendmarktscheine und Reklamationen... sie saßen an den Quellen und prähten.

Rudolf der Verrat der Gewerkschaftsanführer schreit zum Himmel. Die Gewerkschaften waren vom Kapital bestochen. Sie veranstalteten Dankgottesdienste. Diese Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbeamten bewilligten auch noch die Kriegskredite, propagierten den Rassenmord, als festgesetzt war, daß deutsche amtliche Kuriers Milzbrandbazillen, in Konfitüren verpackt, nach Dänemark ausgeführt, zu dem Zweck nach England geschmuggelt zu werden.

Im Besonderen gaben sie die Gewerkschaftskassen dem Militarismus. Gute Führer prellten auch um die Gewerkschaftsgelder. Der Verrat, den heute die Gewerkschaften an euch begehen, stellt noch ihre Kriegspolitik in den Schatten. Die demokratische Republik ist Futtermittel, ist machtwortendend dem Cäsarenwahnsinn der kleinen Arbeiter über die Massen. Die drei (?) sozialistischen Parteien und die Betriebsräte sind Anhängel der Gewerkschaften und stehen mit dem Kapital in Arbeitsgemeinschaft. 100 000 Gewerkschaftsbeamte schmarnochen am Proletariat. Das System der Berufsvereine züchtet immer neue Parasiten. Es muß zerstört werden wie der Kapitalismus.

Proletarier! Dein größter Feind, der Feind der Freiheit, dein Sklavenhalter sind die Gewerkschaften. Hören diese Gewerkschaften auf zu sein, der Kapitalismus fängt an zusammen und begräbt alles unter seinen Trümmern. Dann bist du frei... dann ist der Menschheit Anfang. Wenn alles unter Trümmern begraben ist! D. Red.) Wir müssen uns Betriebsorganisationen schaffen. Wir müssen zusammenhalten in fahrerlosen Organisationen. Die Führer müssen wir ausschalten, dann ist die Bahn frei zum Endkampf... Aber wir müssen anfangen!

Das ist der Ton, der auf dem doppelseitigen Flugblatt, mit dem von uns halbfertig wiedergegebenen Stellen in Schlagzeilen, gegen die Gewerkschaften angeschlagen wird.

Es muß um die Sache dieser sogenannten Arbeiter-Union verurteilt werden, wenn diese glaubt, ihr mit solch unqualifizierbaren Beschimpfungen der Gewerkschaften dienen zu können. Damit richtet sie sich selber. Bedauerlich ist nur, daß auch jugendliche Arbeiter mit derartigen Flugblatt-Schundliteratur traktiert werden und eine sich kommunistische Arbeiterjugend nennende Organisation die Verbreitung eines derart niederrückigen und elchhaften Machwerks begünstigt.

Lohnbewegung der Buchdrucker.

Die Vertrauensleute und Generalversammlungsdelegierten des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer waren am Dienstag vollständig im Gewerkschaftshaus versammelt, um Stellung zu nehmen zum neuen Lohnabkommen und die vorliegenden Anträge zum Neubau des Gesamttarifes einer Beratung zu unterziehen. Raffiniert gab einen ausführlichen Bericht über die letzten Tarifverhandlungen, deren materielles Ergebnis der „Vorwärts“ bereits mitgeteilt hat. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die bei den diesmaligen Verhandlungen besonders zutage traten. Scharf verurteilte er die Haltung der Unternehmer, die in der jetzigen Zeit der Not das nötige Verständnis für die Lage der Arbeiter vermissen lassen. Die neue Teuerungszulage bezeichnete er als ungenügend, ersuchte aber im Interesse der Gesamtorganschaft, den Vereinbarungen zuzustimmen.

Die eingehende Aussprache dauerte einige Stunden und war äußerst lebhaft. Mehrere Resolutionen und Anträge wurden eingereicht, die das Abkommen mehr oder minder scharf verurteilten und durchweg örtliche Verhandlungen forderten, die eine Erhöhung der Löhne bringen sollten. Wegen der beschlossene Erhöhung des Drucktarifes um 60 Proz. wurde lebhaft protestiert, ebenfalls gegen die Absenkung der Löhne für die ledigen Kollegen. Außerdem wurde eine Protestresolution gegen das Verbot der „Roten Fahne“ eingebracht.

Nachdem ein Schlußantrag die Debatte beendet hatte, wurde beschlossen, in örtliche Verhandlungen einzutreten. Eine weitere Versammlung soll zu dem Ergebnis Stellung nehmen. — Massini teilte noch mit, daß er bereits Verhandlungen angebahnt habe, die Donnerstag nachmittag stattfinden würden. — Infolge der vorgehenden Zeit wurden die Anträge zur Tarifrevision einer Kommission überwiesen, die sie sichten und dem Verhandlungsstand überweisen soll.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat überall wie ein Signal gewirkt. Aus allen Teilen des Reiches treffen begeisterte Kundgebungen der fortwährend gestärkten Beamenschaft ein. Die Ausführungen der in den verschiedensten Orten tätig gewordenen Referenten des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wurden überall anerkannt. Nunmehr wird auch hier in Berlin der großen Zahl der Beamenschaft Gelegenheit gegeben, sich mit den Grundgeden des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes vertraut zu machen. In einer öffentlichen Versammlung am Donnerstag 7½ Uhr in den Germania-Sälen, Chausseest. 110, werden die Vorstandsmitglieder des ADB, Albert Falkenberg und Theodor Rogner über den Stand der Rechts- und Besoldungsfragen und über die

künftige gewerkschaftliche Organisationsform der Beamten sprechen. Danach findet eine freie Aussprache statt. Alle Beamten, Beamtenanwärter im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst werden vom Ortsausschuß Groß-Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zu dieser Versammlung eingeladen, welche hoffentlich auch den den Beamtenkreisen des ADB noch fernstehenden die notwendige Klarheit über die künftige Organisationsform der Beamten bringen wird.

Lohnbewegung in der Berliner Zigarettenindustrie.

Eine äußerst stark besuchte Versammlung sämtlicher gewerblichen Arbeitnehmer der Berliner Zigaretten-Industrie nahm am Dienstag in den Germania-Sälen den Bericht des Kartellvorstandes über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband entgegen. In längeren Ausführungen wies Kollege Koch darauf hin, daß der Arbeitgeberverband eine Verhandlung zur Erhöhung der Löhne angelegt hatte, sich jedoch weigerte, zu verhandeln, nachdem in drei Betrieben ein Teil der Zigarettenmaschinenführer die Kündigung eingereicht hatte, um besser bezahlte Arbeit anzunehmen. Dem Kartellvorstand gelang es, die Arbeitgeber trotz dem an den Verhandlungstisch zu bringen. Hier aber erklärten die Unternehmer, daß sie nicht daran dächten, eine Lohnerhöhung vorzunehmen, ehe nicht die Maschinenführer, deren Verhalten sie als Tarifbruch bezeichneten, ihre Kündigungen zurückgenommen hätten. Man verläßt also, eine Gruppe der Arbeitnehmer gegen die andere auszuspielen, indem man erklärt, die paar Maschinenführer sind schuld daran, daß der größte Teil der in der Zigaretten-Industrie Beschäftigten keine Lohnerhöhung erhält.

Um nun die Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft in der Zigarettenindustrie zu wahren, hatte ein Teil der Maschinenführer bereits vor der Versammlung die Kündigung zurückgezogen, der andere Teil gab in der Versammlung die Erklärung ab, am Mittwoch früh das gleiche zu tun. Im Interesse aller Mitarbeiter wollen die Maschinenführer in diesem Falle auf das Recht der Freizügigkeit verzichten. Es wurde jedoch schärfster Protest gegen das unerhörte Vorgehen der Unternehmer erhoben und erklärt, daß ein Kampf unvermeidlich sei, falls die Zugeständnisse der Arbeitgeber nicht genügen. Die Ausführungen des Vertreters der Maschinenführer wurden mit großem Beifall begrüßt.

Die Versammlung nahm dann einstimmig eine Resolution an, welche gegen das Verbot der „Roten Fahne“ protestiert.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß allgemein angenommen wird, die Arbeiterschaft der Zigarettenindustrie bezöhe enorm hohe Löhne. Die bürgerliche Presse, vor allem „Der Tag“, weist darauf hin, daß die hohen Preise der Zigaretten in erster Linie durch die hohen Löhne verursacht werden. Zur Aufklärung sei mitgeteilt, daß zirkulär 95 Proz. der beteiligten Arbeitnehmer einen Wochenlohn von 1928 M. für Arbeiter, von 1100 M. für Arbeiterinnen erhalten. Ob diese Löhne bei der heutigen Teuerung als hoch zu bezeichnen sind, überlassen wir dem Urteil der Öffentlichkeit.

Reinfall des GdA. im Bankgewerbe.

Der christliche Gewerkschaftsbund der Angestellten hatte die Bankangestellten zu einer Versammlung aufgerufen. Aus den Ausführungen des Referenten konnte man heraus hören, daß der GdA. gegen am Tarifvertrag des Bankgewerbes beteiligt sei, weil er sechs Prozent der Angestellten organisiert habe. Fritz Schmidt, vom Zentralverband der Angestellten, rechnete gründlich mit den Herrschaften ab, die vor dem Kriege und während des Krieges aufstrebten in Wort und Schrift Tarifabschlüsse für Angestellte abgelehnt und bekämpft haben und die als die Urheber der düstersten Einstellung mancher Angestelltenkreise bezeichnet werden müssen. Mitschuldig ist der GdA. an dem heutigen Elend der Angestellten. Herr Redner vom GdA. hat darauf hingewiesen, daß die Vergangenheit ruhen zu lassen. Der GdA. habe sich doch „auf den Boden der Tatsachen gestellt“.

Eine Resolution der GdA.-Leute, die von versammelten dreitausend Bankangestellten sprach, wurde von freigewerkschaftlicher Seite herbeigeholt auf „dreihundert Angestellte aus allen Branchen“. Damit war das Plakato der Versammlung verfehlt geworden.

Beendigung des Streiks im Eisenhandel.

Durch Vermittlung des Demobilisationskommissars ist der seit neun Tagen dauernde Streik beigelegt worden. Die Aufnahme der Arbeit erfolgte gestern früh in allen Betrieben.

Die neuen Abkommen können beim Transportarbeiterverband, Engelauer 24/26, Zimmer 31 gegen Vorzeigung des Mitgliedsausweises resp. der Streikkarte in Empfang genommen werden.

Mit der Beendigung des Streiks hat der Verband Berliner Metallindustrieller, der die Arbeitgeber des Eisenhandels in diesen Streik hineingebacht hat, die wohlverdiente Niederlage erlitten. Hoffen wir, daß die Transportarbeiter der Metallindustrie aus dem Erfolg der zu 90 Proz. organisierten Eisenarbeiter die Konjunktur ziehen, daß auch sie ihre Organisation so stärken, damit der Lohnpolitik des Verbandes Berliner Metallindustrieller, deren unheilvolle Folgen die gesamte Berliner Arbeiterschaft zu spüren hat, ein Ende gemacht werden kann.

Neue Löhne für Kupferschmiede. Für die Zeit vom 16. August bis 31. August werden von den Kupferschmiedereien pro Stunde 46 M. gezahlt, ferner eine Wirtschaftsbefehle von 450 M. für Kupferschmiede und von 400 M. für Hilfsarbeiter. Die Ortsverwaltung.

Zur Aussperrung in der Holzindustrie Schlesiens

wird uns mitgeteilt: Trotdem Oberpräsident Zimmer mit den Parteien am Dienstag sieben Stunden lang verhandelt hat, konnte eine Verständigung nicht erzielt werden. Die Parteien wurden sich zwar grundsätzlich darüber einig, daß an Stelle des durch Streik und Aussperrung aufgehobenen Lohnabkommens ein neues mit Wirkung bis zum 16. September abgeschlossen werden sollte, aber über die Höhe der Zulagen wurde man nicht einig. In einer Mitgliederversammlung am Freitag wollen die Arbeitgeber zur Situation und den Forderungen der Holzarbeiter Stellung nehmen und sollen dann eventuell weitere Verhandlungen stattfinden.

Der Kampf geht also weiter und wird leider noch eine Verschärfung erleben. Bis jetzt sind mit den ursprünglich 1200 Streikenden 6000 Arbeiter ausgesperrt, weiteren 1500 ist es gefährlich. Für zirka 600 sind die Forderungen auf eine außerordentliche Zulage von 10 M. pro Stunde ab 14. August bewilligt.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Turnvereinbund. Donnerstag 6 Uhr in der Schulaula, Weinmeisterstr. 16/17. Vorstandsversammlung für die in den chromolithographischen Anstalten, photographischen Anstalten, Druckbetrieben, Turnvereinsbetrieben, und fotografischen Anstalten Beschäftigten. Bericht über das Ergebnis der Lohnverhandlung. Schreiber Bericht wird erwartet. — Turnvereinsbund. Donnerstag 4½ Uhr im Saal 1 des Gemeinshauses, Engelauer 25. Vorstandsversammlung. Beschlüssliche Erträge aller Kolleginnen und Kollegen erwartet die Vorstandsvorsitzung.

Zentralverband der Schuhmacher. Donnerstag 5 Uhr Versammlung aller Betriebsräte und Obleute bei Penzler, Spandauer Str. 127a.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Sämtliche Betriebs- und Vertrauensleute sowie Funktionäre der Hochgruppe Metallindustrie haben Freitag 6½ Uhr im Klubhaus, Chausseest. 110, Versammlung. „Voge in der Metallindustrie und Tarif“.

Deutscher Transportarbeiterverband. Sektion 2. Mas- und Leppschneidungsabteilung. Freitag 4 Uhr Versammlung im „Englischen Hof“, großer Saal, Engelauerstr. 75. Bericht der Lokalkommission.

Deutsche Freiwirtschaftsvereine. Ortsgruppe Berlin. Freitag, den 26. August, abends 7½ Uhr, im Bürgerpalast des Parkhauses, Königstr. 10. Behandlung der Anträge zur Generalversammlung der D. F. V., vor allem Ratton bezüglich Dienstverweigerung. Vorstandsamt für 2 ausgeschiedene Mitglieder.

Groß-Berliner Parteinarichten.

Achtung, Bezirksvorsitzungs!

Sonntags, den 26. August, abends 6 Uhr, im Sekretariat, Lindenstr. 3. Erscheinen der Kreisvorsitzenden unbedingt erforderlich.

9. Kreis. Wilmersdorf. Donnerstag, den 24. August, 7½ Uhr. Sitzung des Bildungsausschusses beim Obmann. — Freitag, den 25. August, 7 Uhr, in der Vorwärtsausgabe, Köpenicker Str. 12. Vorgesprechung zur Parteigemeinschaft über neue sozialistische Literatur.

14. Kreis. Reinick. Donnerstag, den 24. August, 7 Uhr, erweiterte Kreisvorsitzungsversammlung an bekannter Stelle.

2. Kreis. Tiergarten. Freitag, den 25. August, 7 Uhr in den Germania-Sälen, Chausseest. 110. Zusammenkunft aller im Kommunaldienst tätigen Gewerkschaften und Genossinnen. Die Abteilungsgruppen müssen auch erscheinen.

2. Kreis. Kirtgarten. Freitag, den 25. August, 7 Uhr. Elternbeiräte und Erziehungsausschüsse. Wichtigste Sitzung bei Josef, Wilhelmshöfenstr. 48. Erklären unbedingt Pflicht.

2. Kreis. Wedding. Freitag, den 26. August, 7½ Uhr. Sitzung der Bildungskommission bei Schabe, Köpenicker Str. 6. Jede Abteilung muß vertreten sein.

4. Kreis. Prenzlauer Berg. Freitag, den 26. August, 7½ Uhr. Funktionärenkonferenz bei Burg, Prenzlauer Allee 189.

Heute, Donnerstag, den 24. August:

Jugendvereine. Gruppe Friedrichshagen. 7 Uhr Gemeindefeier, Strommannstr. 6. Vortragsabend: „Minn von Baruchim“. — Gruppe Tempelhof-Kirchhof. 7½ Uhr bei Radzewitz, Tempelhof, Werber-, Ede Kunstgärtchenstr. 10. Vortragsabend.

Morgen, Freitag, den 25. August:

48. Abt. 7½ Uhr. Funktionärsitzung bei Reuser, Jagdberger Str. 20a. Wichtige Besprechung.

Frauenvereinsitzung:

82. Abt. Steglitz. 7½ Uhr im Schweizerhause, Berlinstr. 8. Vortragsabend. — 82. Abt. Steglitz. 7½ Uhr im Schweizerhause, Berlinstr. 8. Vortragsabend. — 82. Abt. Steglitz. 7½ Uhr im Schweizerhause, Berlinstr. 8. Vortragsabend. — 82. Abt. Steglitz. 7½ Uhr im Schweizerhause, Berlinstr. 8. Vortragsabend.

51. Abt. Charlottenburg. Der am Sonntag geplante Ausflug findet bestimmt am Sonntag, den 27. August, statt. Treffpunkt: Uferallee und Reichensackerplatz, mittags 1½ Uhr.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 24. August:

Zankwitz. Jugenabende Gedächtnis. 6. Vortrag: „Rechts Mandern“. — Reinick. Jugenabende Gedächtnis. 6. Vortrag: „Rechts Mandern“. — Reinick. Jugenabende Gedächtnis. 6. Vortrag: „Rechts Mandern“. — Reinick. Jugenabende Gedächtnis. 6. Vortrag: „Rechts Mandern“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verband Volksgesundheit. Donnerstag, den 24. August, Vortrag des Genossen G. Müller: „Soziale Krankheiten“, in der Oberroschule, Riebersdorfstr. 12, 3½ Uhr. Gähle willkommen. Eintritt frei.

Mieter-Verein Berliner Westen G. B. Obmannsitzung am Donnerstag, den 24. August, abends 7½ Uhr, Schulaula Steinmetzstraße 12.

Sport.

Kennen zu Ankleben am Mittwoch, den 23. August.

- 1. Kennen. 1. Reuzel (Bumfester), 2. Rajon jr. (Ansprachen), 3. Edward I. (Bauer). Toto: 27:10, Platz: 14, 20, 30:10. Ferner lesen: August, Pfeilant, Koenig, Erich I. Normann I, Raubst II, Graubis jr., Rätchen I, Wille V (als 3. bisqu., 80 Proz. der Platzweihen zum).
- 2. Kennen. 1. Hilminda (Kreuzberg sen.), 2. Paul B. (K. Freund), 3. Raifler I (Eger). Toto: 81:10, Platz: 19, 14, 15:10. Ferner lesen: Handreich, Flora Ring, Paul II (Seine Witten), Wegmelle, Westertum, Jack, Mars III, Verdam, Draufgänger II.
- 3. Kennen. 1. Prinz Adold (Ringius), 2. Tasma (Weiß), 3. Frühau (Weidner). Toto: 17:10, Platz: 14, 24, 34:10. Ferner lesen: Wilschmüdel, Frankfurter, Kauter, Adler, Tello, Sabel.
- 4. Kennen. 1. Dr. Freyhaupt (Berger), 2. Amorette (Elias), 3. Hartenfeld (Hämming jr.). Toto: 30:10, Platz: 12, 15, 13:10. Ferner lesen: Gubina, Languste, Wally I, Harald I, Urelula.
- 5. Kennen. 1. Lady Lyburn (L. Weiß), 2. Bergschwalbe (G. Lantig), 3. Koronna (W. Langbr.). Toto: 45:10, Platz: 26, 29:10. Ferner lesen: Heidelee, Harry B. Zma Wan.
- 6. Kennen. 1. Wlf (Rüder), 2. Garia (E. Weiß), 3. Rarf. Hdbg. (Weidm.). Toto: 33:10, Platz: 15, 40, 28:10. Ferner lesen: Kraber, Josef, Malabar I, Gudrun II.
- 7. Kennen. 1. Wille (K. Grohmann), 2. Gud Baron (Waldhler), 3. Weidigen (Kogomski). Toto: 25:10, Platz: 16, 15:10. Ferner lesen: Libanon, Godelne, Blau.
- 8. Kennen. 1. Erbgraf (Ansprachen), 2. Grabisca (Hedert), 3. Gerna (Weidmüller). Toto: 20:10, Platz: 14, 16:10. Ferner lesen: Bicus.

Wetter bis Freitag mittag. Hiemlich kühl, zeitweise heiter, aber noch veränderlich bei stetigen nordwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Veranm. für den redakt. Teil: Franz Klübs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag, Berlin. Verlagsanstellung: Paul Sinner u. Co., Berlin. Vertrieb: A. Gieru eine Zeilung und Unterhaltungsbeilage „Reinwelt“.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
Kukiroi
In Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich.
Gegen Fußschwellen und Wundlaufen Kukiroi=Fußbad!

WENESTI RUND
FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE
MIT UND OHNE GOLD!